

Eüberster Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Eüberster Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Reaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschwollene Zeitung oder deren Raum 40 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 114.

Freitag, den 17. Mai 1918.

25. Jahrg.

„Waffenbund Mitteleuropa.“

Offiziöse Blätter, wie die „Nordde. Allgem. Ztg.“ und die „Köln. Ztg.“ veröffentlichten übereinstimmende Andeutungen über den Inhalt der Besprechung im Großen Hauptquartier. Danach war der engere militärische und wirtschaftliche Zusammenschluß die Hauptfrage, während die politische Frage zu den sekundären gehört hat.

Die „Nordde. Allgem. Ztg.“ schreibt:

Zum Teil sind ja Vorschläge nach dieser Richtung schon früher in der Öffentlichkeit gemacht worden und diese lehren jetzt wieder, so daß mit ziemlicher Bestimmtheit von Militärkonventionen, Zollbündnis und Aufnahme des Vertrages in die Verfassungsurkunden der beiden Länder geredet wird. Daraus ist natürlich, wenigstens zum Teil, etwas richtig; denn wie sollte eine noch stärkere Bindung der beiden Monarchien einander erfolgen, als in einer völligen militärischen und wirtschaftlichen Interesserverknüpfung und in der Beseitigung aller Verschiedenheiten, die bisher noch in den militärischen und wirtschaftlichen Organisationen bestanden?

Die Beseitigung aller militärischen Verschiedenheiten erfordert ein gemeinsames Wehrgefecht, das auch wieder eine gemeinsame auswärtige Politik zur Folge haben muß.

Die Beseitigung aller wirtschaftlichen Verschiedenheiten erfordert Zollunion, Münzunion, gemeinsame Anleihebewirtschaftung, einheitliche Gewerbeordnung, einheitlichen Arbeitsschutz und noch manches andere mehr. Dies alles sind aber Dinge, die nur auf dem Wege der Gesetzgebung geordnet werden können, die wiederum nur durch eine gemeinsame Volksvertretung ausgeübt werden kann.

Da aber dieser Weg offenbar nicht betreten werden soll, bleibt es einstweilen das Geheimnis des Hauptquartiers, wie man sonst zu einer „Beseitigung aller Verschiedenheiten, die bisher in den militärischen und wirtschaftlichen Organisationen bestanden“, gelangen will.

Auch die „Köln. Ztg.“ gewährt uns in ihrem Berliner Telegramm vom 14. Mai keine tieferen Einblicke. Da heißt es:

Es besteht die Absicht, Verträge politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur zu schließen. Diese Verträge sollen ein zusammengehöriges und zusammenhängendes Ganzes bilden und nach Möglichkeit zusammen unterzeichnet werden. Es wird also nicht etwa eine Militärkonvention oder ein Wirtschaftsbündnis besonders abgeschlossen, sondern ein Vertrag, der einen militärischen, einen politischen, einen wirtschaftlichen Teil hat und wie gesagt, ein Ganzes bildet. Unzutreffend ist auch die Nachricht, daß man sich bei der Besprechung im Großen Hauptquartier auf die sogenannte österreichisch-polnische Lösung geeinigt habe oder daß die Vereinbarungen diese Lösung zur Folge haben würden. Was die wirtschaftlichen Verhandlungen betrifft, so sollen sie so geführt werden, daß ihr Ergebnis keine wirtschaftskriegerische Tendenz enthält, sondern die wirtschaftliche Verständigung mit unseren Gegnern ermöglichen kann, während, wie bereits dargelegt, die wirtschaftlichen Verhandlungen sich über den Sommer hinziehen werden, wenn die militärischen und politischen Richtlinien für die künftige Gestaltung des Bündnisses bereits eingehender herausgearbeitet werden. Dies liegt in der Natur der praktischen Erfahrungen des Krieges, die ja für die künftige zweitägige militärische Zusammenarbeit reiches Material gefestigt haben, und in der Natur der gemachten politischen Erfahrungen. Es sei hinzugefügt, daß man für die bevorstehenden militärischen Vereinbarungen den Namen „Waffenbund“ gewählt hat.

Damit hätte das Kind wenigstens einen Namen: Waffenbund! Frieden und hätte wahrscheinlich vielen besser gefallen, obwohl Worte auch nicht viel zur Sache tun. Trotzdem liegt in dem Namen „Waffenbund“ etwas wie eine trockige Herausforderung aller Bestrebungen, die auf die Herstellung einer Gesellschaft der Völker zur dauernden Wahrung des Weltfriedens gerichtet sind. Und so ist der gewählte Name vielleicht desto aufrichtiger, je weniger er vielen gefällt.

Politisch ist es am Ende aber nicht klug, den Gegnern, die die Waffen noch nicht gesenkt haben, ins Gesicht zu sagen: Wir, Deutsche, Österreicher und Ungarn, in Summe 110 Millionen Menschen, wollen in Zukunft einen ewigen Waffenbund bilden. Denn das feindliche Russland, das nun einmal seine eigene Denkweise hat, wird daraus schließen, daß eine Hegemonie Deutschlands in Europa angestrebt wird, die mit den Waffen aufrecht erhalten werden soll. Es wird auf diese Weise immer schwerer, ihm den Gedanken auszureden, daß Mitteleuropa den Sieg des deutschen Militarismus bedeute, den zu verhindern es in seinem eigenen nationalen Interesse für notwendig hält.

Wie im Ausland, so können auch in Österreich-Ungarn durch solche Offenherzigkeiten die Gegentendenzen verstärkt werden. Es läßt sich einstweilen nicht absehen, wie der „Waffenbund“ von österreichisch-ungarischer Seite anders zustande kommen soll, denn als ein Amt des Absolutismus. Ein Bund aber, der nur auf den gemeinsamen Willen von Monarchen beruht, wäre nicht viel anders als ein Kartenzauber, sinnemal auch die Ausschüsse und Stimmungen von Monarchen (es gibt Beispiele von Ermittlungen!) mehr oder weniger raschen Veränderungen

unterworfen sind. Drum wäre es besser abzuwarten, wie der Frieden wird und wie sich dann die Verhältnisse in Österreich-Ungarn gestalten.

Ein Staatenbund darf nun einmal keine Liebesheirat sein, die in einer plötzlichen Aufwallung der Gefühle zu stande kommt, sondern nur eine Vermittlungsheirat, bei der Gesundheitszustand und wirtschaftliche Verhältnisse der Ehemänner genau erkundet werden. Dinge also, über die man, besonders soweit es sich dabei um den schwächeren und umworbenen Teil handelt, öffentlich aus Höflichkeit nicht gerne spricht. „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“ sagt schon der Glockendichter. Denn: „Der Wahn ist kurz, die Real ist lang!“

Die „Westminster Gazette“ schreibt: Mit Bezug auf die künftigen wirtschaftlichen Probleme ist es ratsam, unsere gesetzliche Wahrung zu wiederholen, daß die Kundgebungen Kaiser Karls und des Grafen Burian nicht nach ihrem äußeren Schein bewertet werden dürfen. Besonders im Hinblick auf die Zusammenkunft der beiden Kaiser sowie auf die Auslegung, welche die deutsche und die österreichische Presse dieser Zusammenkunft geben, ist diese Einschätzung erforderlich. Wenn der Zweck der Zusammenkunft richtig gedeutet wird, stehen wir vor der Verwirklichung Mitteluropas. Es scheint, daß die deutsche Regierung die politischen und wirtschaftlichen Bande zwischen den beiden Ländern enger zieht, vielleicht in dem Gedanken, an eine Versammlung aller deutschen Völker. Wenn dies zur Ausführung käme, würde die Pariser Resolution vermutlich in Wirklichkeit treten. Sie umfaßt die Verteidigungsmassnahmen der Alliierten gegen eine Mitteleuropa-Politik, und sie müßte dann als eine Angriffswaffe verwendet werden. Inzwischen müssen die Verhandlungen im kaiserlichen Hauptquartier mit Umsicht und Keimhaftigkeit verfolgt werden, da sie über den Friedenswunsch des Kaisers Karl und seines Ministers viel Aufklärung geben können.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 16. Mai, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschäden nichts Neues.

Die Kämpfe in der Luft.

Deutsche Bombengeschwader entwickelten in der Nacht zum 16. Mai rege Tätigkeit. Bei Düren, Calais und Poperinge wurden die Munitions- und Bahnanlagen mit großer Bombenmasse belegt. An allen Stellen wurden Treffer einschlagsfrei beobachtet. Auch der Westbahnhof und die Unterstände in Amiens wurden von Geschwadern mit gutem Erfolg angegriffen. Explosoren und Brände waren die Folge. Die Beschleierung französischer Städte des befreiten Gebietes durch französische Artillerie hält an. Vom 15. Mai 5 Uhr nachmittags bis zum 16. Mai 5 Uhr nachmittags erhielt Lyon 81 Schläge.

Wiener Bericht.

Wien, 16. Mai. (Amtlich.)

Zwischen der Brenta und der Piave wurden mehrere Erfundungsvorläufe der Italiener abgeschlagen. Auf dem Monte Ghelone und dem Monte Pertica kam es hierbei zu Nahkämpfen.

Gereizter feindlicher Eindruck in den österreichischen Kriegshäfen.

Das Wiener Kriegspressequartier meldet: Ein feindlicher Versuch, am 14. Mai bei Tagesanbruch mit einem geräuschlosen Torpedomotorboot in den Hafen von Pola einzubringen, scheiterte vor dem Hafen durch die Wahnsinnkeit unserer Vorposten und infolge unserer Sicherungsmaßnahmen. Das italienische Motorboot wurde versenkt, die Besatzung, bestehend aus einem Kapitän und drei Mann, wovon einer schwer verletzt ist, wurde gefangen. Die feindliche Unternehmung wurde anscheinend durch eine Flottenteilung in der See unterstellt. Nach Tagesanbruch ließen eigens Auklärungsschiffe in der Nordadria auf ein starkes feindliches Flugzeuggeschwader. In den sich entwickelnden eine Stunde währenden Luftkämpfen wurde ein feindliches und ein eigenes abgeschossen.

Kein Verzicht auf Teile Lothringens.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: In einem holländischen Blatte wird in der Angelegenheit Clemenceau-Ceretta behauptet, im Frühjahr 1917 sei von deutscher Seite bereitwillig ausgesprochen worden, auf einen bedeutenden Teil Lothringens zu verzichten, wenn der Krieg dadurch sehr bald zu Ende gebracht werden könnte. Wir stellen auch dieser Behauptung gegenüber fest, daß niemals ein derartiges deutsches Angebot gemacht worden ist.

Die deutsch-schweizerischen Verhandlungen.

Nach den „Basler Nachrichten“ hat der Schweizer Bundesrat am Mittwoch in zwei Sitzungen die Lage geprägt, wie sie durch die deutsch-schweizerischen Verhandlungen in letzter Stunde geschafft hat. Der Bundesrat hat beschlossen, daß Abkommen mit Deutschland nicht vor nächstem Dienstag unterschrieben zu lassen und unterdessen

die Herren Professor Dr. Lauer und den Nationalrat Mosmann, die als Unterhändler an den Verhandlungen mit Deutschland teilnahmen, nach Paris zu schicken, um mit dem schweizerischen Gesandten und den französischen Regierungskreisen Rücksprache zu nehmen.

Eine Erklärung für vorstehende Notiz liefert folgende Aufsehen erregende Berliner Meldung:

Die Verhandlungen der deutschen und schweizerischen Unterhändler über den Abschluß des neuen Wirtschaftsabkommen führen zu einer für beide Teile befriedigenden Lösung. Die Bedingungen und die Annahme des Vertrages waren vom schweizerischen Bundesrat am Dienstag abend einstimmig genehmigt, sodass der Vertrag von den beiderseitigen Delegationen am Mittwoch, 15. Mai, endgültig ausgezeichnet werden konnte. Es war darin den durch die französische Kohlensozietät verursachten Schwierigkeiten bereits in der Weise Rechnung getragen worden, daß deutscherseits auf die Kohlenverwendungskosten solange verzichtet wurde, bis Frankreich seine Zugeständnisse auch nur annähernd in demselben Verhältnis erfüllten würde, wie Deutschland. Auf das plötzliche Dazwischenstehen des französischen Geschäftsträgers hin wurde in letzter Stunde das schon genehmigte Abkommen zurückgezogen. Die französische Regierung stellte der Schweiz die Forderung, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, wodurchfalls das Kohlenangebot hinfällig werde. Für diesen Fall stellte der französische Geschäftsträger der Schweiz einen Wirtschaftskrieg ein. Entente in Aussicht. Gegenüber den unabsehbaren Folgen des von der französischen Regierung angedrohten Wirtschaftskrieges erbat die Schweiz sich eine Überlegungsfrist bis zum 22. Mai. Damit ist vom heutigen Tage ab der vertragslose Zustand zwischen Deutschland und der Schweiz eingetreten, für dessen Folgen Deutschland die Verantwortung ablehnt.

Die Lage der Schweiz ist eine außerordentlich verzwickt. Hoffentlich findet sich für sie noch ein Weg, um aus dem immer schwieriger werdenden Dilemma herauszukommen.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen abgeschlossen.

Wie die Blätter melden, sind die deutsch-italienischen Verhandlungen in Bern über die gegenseitige Behandlung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten zum Abschluß gelangt.

Sonderbare „Sozialisten“.

Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, wurde in Rom der Kongress der italienischen Sozialistenvereinigung eröffnet, an dem u. a. auch die Minister Bijslati und Serenini, teilnahmen. Der Zweck der Vereinigung ist, alle Sozialisten, die für das Eintreten Italiens in den Krieg zur Verteidigung des Vaterlandes, der nationalen Interessen und der sozialen Interessen der Arbeiter sind, zu einigen.

Wie vernünftig sein wollende Menschen von einem Eintreten Italiens in den Krieg zum Zwecke der Vaterlandsverteidigung reden können, ist unverständlich angesichts der Tatsache, daß die italienische Regierung lediglich nackter Eroberungsabsichten wegen des Kriegs herbeigeführt hat.

Völlige Ruhe in Moskau.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Nach einer Raufermeldung, die auch von der deutschen Presse gebracht wurde, soll es in Moskau zu hartnäckigen Kämpfen gekommen sein. Wie wir von zeitändiger Stelle aus Moskau hören, ist die Meldung ganzlich unzutreffend. In Moskau ist völlige Ruhe.

Abschaffung des Erbrechts in England.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 3. Mai beschloß der Rat der Sozialkomissare die Abschaffung des Erbrechts. Nach dem Tode des Erblassers wird der bestreitbare und unbewegliche Besitz Eigentum des Staates.

Gewalttherrschaft in Finnland?

Die erste Nummer der neuen sozialistischen Zeitung in Helsinki ist von der Regierung beschlagnahmt worden.

Grausamkeiten der finnischen Weißen?

P. L. A. meldet aus Moskau, daß die finnische weiße Garde nach der Eroberung von Tommersors 500 russische Soldaten und Offiziere erschossen habe. Sie seien quer in das Stadttheater eingesperrt und dann am nächsten Morgen auf dem Pipikiberg in Gruppen von 40 bis 50 Mann niedergeknallt worden.

Zu dem ihr vorgeworfenen Massenmord muß sich die finnische Regierung äußern, im übrigen ist es bemerkenswert, daß die russische Regierung jetzt die Beteiligung russischer Truppen an den finnischen Kämpfen melden läßt.

Türkisch-finnischer Friedensschluß.

(Meldung der Agentur Milli) Der Friede zwischen dem Osmanischen Reich und Finnland ist am 11. Mai in Berlin durch die Vertreter der beiden Länder unterzeichnet worden.

Finnland und England.

Wie aus Helsingfors gedruckt wird, veröffentlicht der finnische Senat gegenüber der bedingten Anerkennung der Selbständigkeit Finlands durch England eine Erklärung, in der er ausführt, daß die englische Anerkennung zwar von Wichtigkeit sei, doch aber nicht die Rede davon sein könnte, daß die Frage der Entscheidung des Friedenskongresses überlassen werde, da Finlands Selbständigkeit bereits von mehreren Mächten bedingungslos anerkannt sei. In den englischen Bedingungen der Anerkennung wird dann bemerkt, daß die finnische Regierung bereits Schritte zur Freilassung der von den Deutschen in Finnland gefangenen Engländer getan habe, noch ehe England die finnische Selbständigkeit anerkannt habe, und obwohl England nicht das Recht hatte, diese Forderung zu stellen. Die Frage der freien Durchfahrt sei von England zu früh erhoben, da die internationalen Handels- und Schiffsverhältnisse eine staatliche Requirierung und Kontrolle notwendig machen, wie England auch selbst ein solches Verfahren in höchstem Maße anwende.

Das Ende eines weiteren französischen Skandalprozesses.

Vor dem dritten Pariser Kriegsgericht, das Volo aburteilte, ist ein Prozeß gegen die Redakteure des "Bonnet Rouge", Marion, Goldschild, Goldsky, Landau und Soula, ferner gegen den ehemaligen Administrator Duval, den Advokaten Lemarie, ehemaligen Kabinettschef des Ministers des Innern Malon, später Direktor der Staatspolizei, und gegen den Drucker Vercasson zu Ende gegangen. Der Haustangeklagte Almerenda ist bekanntlich unter ungünstigen Umständen im Gefängnis gestorben. Bei Duval wurde am 15. Mai 1917, als er auf der Rückreise aus der Schweiz war, auf der Grenzstation Bellegarde ein Scheck über 150 837 Franken beschlagnahmt; der Scheck wurde ihm am 27. Mai zurückgegeben, aber zwei Monate später wurde gegen ihn die Verfolgung eingeleitet. Duval erklärte, das Geld stamme von der Liquidation des Kasinos von San Stefano und sei vom deutschen Barkier Marry aus Mannheim für ihn in Genua deponiert worden, während die Anklage behauptet, Marry sei ein Agent Deutschlands und habe außer dem Depot von einer halben Million für Duval noch Schecks bis zu einer Million ausgelegt, die durch Vercasson nach Frankreich gebracht wurden. Duval soll überdies mit dem Prinzen Seeburg in der Schweiz verhandelt haben. Seit dem Eintritt Duvals in die Leitung des "Bonnet Rouge" habe die definitielle Kampagne dieses Blattes begonnen, das ein Ableger der "Gazette des Ardennes" geworden sei, weshalb Duval nicht nur des Verkehrs, sondern auch des Einvernehmens mit dem Feinde bezichtigt wird. Duval habe auch die Schützengräberblätter "La Tranchée Républicaine" und "Les Nations", die von Goldsky und Landau herausgegeben wurden, finanziert. Weder diese noch Marion, der Duval auf den Schweizer Reisen wiederholte Beklaimte, hätten über den Ursprung des Geldes im unklaren sein können. Goldsky und Landau hätten überdies die Zurückhaltung des Schecks an Duval erwirkt. Soula habe eine Karte von Dokumenten betr. die Saluki-Ekspedition, die Marion hätte anfertigen lassen, nach Spanien einem germanophilen Blatte gebracht. Die Anklage lautete auf Verkehr und Einvernehmen mit dem Feinde für Duval, für die anderen auf Mitleidenschaft. Lemarie wird bezichtigt, Duval im Mai 1917 einen Tag zur Schweizer Reise verhaftet zu haben. Das Urteil in diesem Prozeß, der ein Skandal für die französische Nation ist, lautete gegen Duval auf die Todesstrafe, Marion zehn Jahre Zwangsarbeit, Landau und Goldsky je acht Jahre Zwangsarbeit verbunden mit militärischer Degradation, Soula fünf Jahre Zwangsarbeit, Lemarie zwei Jahre Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe und Vercasson zu zwei Jahren Gefängnis und 5000 Franken einer gleichzeitigen Bewilligung von einem Strafmaßstab.

Die englischen Minen im Kattegat.

W.T.S. Berlin. 16. Mai. (Amtlich.) In den letzten Tagen wurden in der schwedischen Tiefe verschiedene Unfälle durch Minen im Kattegat gemeldet, denen auch neutrale Güterfahrzeuge zum Opfer fielen. Die englische Admiralität teilt dazu amtlich mit, daß von englischer Seite im Kattegat und Skagerrak keine für die Handelsflüsse gefährlichen Minen ausgelegt werden seien und schreibt dies den Deutschen in ihren gewohnten Verachtung für die Interessen der Neutralen zu. Demgegenüber wird auf die zahlreichen schwedischen Mitteilungen hingewiesen, daß die kürzlich im Kattegat gefundenen und sogar innerhalb der schwedischen Schleifgewässer festgestellten Minen unzweifelhaft eine Gefahr für alle U-Boote waren. Jede weitere Erklärung zu dieser englischen Heuchelei erübrigert sich.

Dieser amtlichen deutschen Erklärung sei noch folgende Befreiung aus Christiania hinzugefügt: Das Minenfeld im Kattegat, wodurch die Versenkung des schwedischen Zisch-dampfers "Urges" verhindert wurde, wird nun amtlichen schwedischen Behörden auch von der norwegischen Presse als nicht deutlich, sondern englischen Ursprungs beschildert.

Der schwedischen Presse hat nun ob dieser Vorfälle eine ungeheure Erregung bereitgelegt. Sie redet von "verbrecherischer Rücksichtlosigkeit" und in ähnlichem jährligen Ausdruck. Die ganz auf die Entente eingeschworenen Blätter bezeichnen das englische Vorgehen als eine "unverzeihliche Nachlässigkeit".

Die Friedensziele der englisch-amerikanischen Sozialisten.

Am 29. v. Mts. hat in London eine Konferenz der amerikanischen Arbeiterschaft mit dem Vorstand der britischen Gewerkschaften und der englischen Arbeiterpartei stattgefunden, die jedoch bekanntlich zu seinem Resultat führte und verkündigt wurde, als die Differenzen der britischen und amerikanischen Sozialisten über die Kriegszielfrage beigelegt sind. Die Meinungsverschiedenheiten, wie sie aus einem wohl richtig urteilenden Artikel des Mitarbeiters der "Times" für Arbeiterfragen ergeben, etwa folgend: Die Minderheit der britischen Sozialisten (Sowden, Marion Macdonald) will jederzeit mit den deutschen Sozialisten verhandeln, die Mehrheit (Henderson) beruft sich auf das Kriegszielmemorandum der Entente-Sozialisten an den deutschen Sozialismus, ist aber gleichfalls nicht grundlegend gegen Verhandlungen mit den Deutschen. Ganz anders die Amerikaner. Die "Sozialisten" der Vereinigten Staaten (Richtung Sammons) wollen es nicht eher mit den deutschen Sozialisten an einen Tisch legen, bis Deutschland besiegt ist, und auch dann erst, wenn die deutschen Sozialisten das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt hätten". Die Meinung der Sammons-Partei gegen jedes Kompromiß erfordert, daß das der wilden Rede, die der Führer der amerikanischen Arbeiterpartei James Wilson unter dem Punkt

der englischen Imperialisten in London am 28. v. Mts. gehalten hat. Die englischen Sozialisten (Henderson) sind für eine Konferenz, auch wenn die deutschen Armeen noch in Belgien und Frankreich stehen und das deutsche Volk sich noch nicht von der "Autokratie" befreit hat, die Amerikaner dagegen erst unter diesen Voraussetzungen. Der "Times"-Artikel fügt dem als allgemeine Bemerkung hinzu: In England prosperiere die Friedensbewegung nur bei gutem Kriegsstand, eine schlechte Kriegslage wirke der Friedenspropaganda entgegen. Z. B. sei dem Sozialisten J. J. Murphy, der einen Waffenstillstand und den internationalen Sozialistenkongress vorschlagen hat, von der Distriktsorganisation geantwortet worden, die graue Offensive hätte die Gefühle der englischen Arbeiter verändert und sie stimmen der Unregung nicht zu. Da die deutschen Sozialisten jetzt für den Sieg der Waffen seien, müßten die britischen den gleichen Standpunkt einnehmen.

Gut sind unter diesen Umständen die Aussichten für die internationale Sozialistenkonferenz in Bern leider nicht zu nennen. Dass sich in der Zeit der Feier des 100. Geburtstages von Karl Marx, des Schöpfers der Internationale und des Trägers der Worte: "Proletarier aller Länder, vereint Euch!" Sozialisten weigern, mit ihren deutschen Brüdern zusammen zu kommen, um über Mittel und Wege zur Beendigung des größten Verbrechens an der Menschheit zu beraten, ist nicht nur für jeden Anhänger der Marx'schen Lehre, sondern auch für jeden wahren Menschenfreund außerordentlich betrübend.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 16. Mai. Unsere Mittelmeer-U-Boote vernichteten über 25 000 Brutto-Tonnen feindlichen Schiffsrumpfes. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hatte das vom Kapitänleutnant Marshall befehligte U-Boot.

Die englischen bewaffneten Dampfer "Rut Song" (4895 Brutto-Register-Tonnen) und "Conway" (4003 Brutto-Register-Tonnen) wurden aus gesichertem Geleitzuge herausgeschossen. Der ganz neue, mit Hilsmotor versehene amerikanische Biermischschoner "Città di Venecola" (705 Brutto-Register-Tonnen) wurde durch Sprengpatrone versenkt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein neues Opfer der englischen Marine.

Wie die schwedischen Blätter melden, forderte das englische Minenfeld vor der schwedischen Küste gestern ein neues Opfer. Vor Marstrand wurde nachmittags ein Fischerboot in die Luft gesprengt, wobei vier Männer der Besatzung getötet wurden.

Wilson wünscht keine Kontrolle seiner Kriegstätigkeit.

(Reutermeldung.) Wilson richtete an den Führer der demokratischen Partei im Senat ein Schreiben, in dem er sich gegen die Erweiterung der Unterwerfung über das Flugzeug zu einer allgemeinen Unterwerfung der Kriegstätigkeit wendet, wie sie in der gegenwärtig dem Kongress vorliegenden Entschließung vorsehen ist. Wilson erklärt, er würde die Annahme dieser Entschließung als Mangel an Vertrauen gegenüber der Regierung und als Verlust des Kongresses, die Kriegsführung an sich zu reizen, betrachten. Wilson wünscht keine Kontrolle.

Die Senatskommission hat über ihre Unterwerfung nach dem Stande des Kriegswesens günstig berichtet und vorsichtig dem Wunsch des Präsidenten, der gegen eine allgemeine Unterwerfung in der Kriegsführung ist, zugestimmt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mugdan verzichtet!

Nach einer Meldung aus Görlitz verzichtete Herr Mugdan auf Grund freundlicher Ausprache auf eine weitere Reichstagskandidatur im Wahlkreis Görlitz-Lauda. Statt seiner stellten dem "Neuen Görlitzer Anzeiger" zufolge, die freisinnigen Vertrauensmänner den Charlottenburger Stadtverordnetenvorsteher Landtagsabgeordneten Fabritiuscher Dr. Otto Frenzel auf. Dieser werden vorzugsweise die Nationalliberalen unterstützen. Mit Herrn Mugdan würde eine sehr unerfreuliche Erneuerung aus dem Parlament verschwinden.

Zentrum und Wahlreform.

Der Führer der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, Dr. Peters, hat nach dem Bericht der "Germania" (Nr. 223 vom 15. 5.) am Dienstag erklärt:

"Die endgültige Stellungnahme zu dem Inhalt des Antrags Lohmann (nati.) behalten wir uns vor. Er enthält nach meiner Auffassung erwägenswerte Momente zu einer Verständigung, z. B. eine Zusatzstimme für ein gewisses Alter."

Man darf darauf gespannt sein, was die Arbeiteraufhänger des Zentrums auf dieses neue Attentat gegen das gleiche Wahlrecht sagen werden. Die Altersstimme ist ein schweres Unrecht gegen die Arbeiter. Das Durchschnittsalter der Arbeiterschaft bleibt weit unter dem von Lohmann für die Zusatzstimme vorgesehenen 50 Lebensjahr. Die Altersstimme ist eine Entwertung der Besitzlosen gegenüber den Wahlhabenden, der Städtebevölkerung gegenüber dem Lande, der gesundheitschädlischen Berufe gegenüber den gesunden, der Lohnarbeiter gegenüber den Kapitalisten. Ja noch mehr: Die Altersstimme begünstigt die Dahmegeblichenen gegenüber den Frontkämpfern, die Gefunden gegenüber den Kriegbeschädigten, die Kriegsgewinnler gegenüber denen, die die Last des Krieges getragen haben. Kein Zweifel: Von den Millionen, die zum Teil schon jahrelang Front- und andere Heeresdienste leisten, die vielfach ihre Gesundheit und Widerstandskraft eingebüßt haben, werden Hunderttausende zeihen, ja zwanzig Jahre früher sterben, ebenso ungezählte Angehörige der männlichen Bevölkerung, die trotz Unterernährung schwere Arbeit in der Kriegsindustrie hat leisten müssen, während die Profiteure sie für gutes Geld immer noch reichlich zu habenden Nahrungsmittel bis aufs Leinwandtuch tranken. Die Altersstimme wäre ein schamloses, empörendes Unrecht!

Die Wahlrechtsfeinde im Zentrum.

Die "Westdeutsche Arbeiterzeitung" (W.Gladbach) stellt es so dar, als ob die Wahlrechtsfeinde in der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses vorwiegend "Herren vom Adel" gewesen seien: Die folgende Auffassung zeigt, daß dies unzutreffend ist:

Gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts haben gestimmt: Dr. Friedmann (Düsseldorf), Graf

Droste zu Vischering (Lüdinghausen-Bedburg), Eise-Tschamendorf (Breslau-Land), Gleiter (Schleiden-Walmedon) v. dem Hagen (Meppen-Wendendorf), Graf Hendel v. Dennermark (Tarnowitz-Beuthen), Graf v. Doe (Aeve) Lorenz (Heiligenstadt-Worbis), Heinrich (Melle-Hiburg) Frhr. v. Neichenstein-Pilsgrimsdorf (Pleß-Abbnik), Graf Spee (Neuß-Krefeld-Land), Graf v. Strachwitz-Bertelsdorf (Strehlen-Lublinitz), Graf v. Strachwitz-Parchim (Liebau-Marienwerder), Frhr. v. Wolff-Metternich (Wittlich-Bernkastel), Graf v. Zieten (Kreuzburg-Rosenburg) (15 Abgeordnete).

Der Stimmenvorwahl haben sich: Blum (Geldern-Kempen), Dr. Boenisch (Tauer-Wolkenhain), Fröhlich (Rees) und Underberg (Welden-Kempen). (4 Abgeordnete.)

Ohne Entschuldigung gefehlt haben: Hessmann-Klotz (Braunberg-Heilsberg), Kesternich (Schleiden-Walmedon), Krappoll (Geilenkirchen-Heinsberg), Paulus (Köln-Land-Bergheim) und Graf Preßmer (Neustadt-Haldenberg). (5 Abgeordnete.)

Von diesen 24 Wahlrechtsgegnern sind 14 bürgerliche und nur zehn gehören dem Adel an. Die meisten der 24 Wahlrechtsfeinde sind übrigens im Verbreitungsgebiet der "Westdeutschen Arbeiterzeitung" gewählt, einige sogar in den Industriegebieten von Düsseldorf, Köln und Krefeld.

Der Wahlrechtskampf im sächsischen Landtag.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags stand am Dienstag der Beschluß des Verfassungsausschusses zur Beratung, monach an Stelle des jetzigen Burawlawahl systems das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gesetzt werden soll, in Verbindung mit der Verhältniswahl und mit der Gewährung von zwei Zuschlüssen, für die in erster Linie das Leben salter nicht aber, wie jetzt, Vermögen, Grundbesitz oder Bildungszeugnis maßgebend sein sollen. Von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite lagen Anträge vor, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht forderten. In den Verhandlungen wurde zunächst der von den Nationalliberalen herrührende obige Mehrheitsantrag vom Abg. Dr. Niethammer (nati.) begründet, aber in recht lauer Weise und mit allerhand Für und Wider. Der Minister des Innern, Graf v. Birkhum, brachte in längerer Rede zum Ausdruck, daß er eine Veränderung des Wahlrechts nicht für erforderlich hält und legte seiner Voreingenommenheit gegen demokratische Wahlsysteme keine Schranken an. Unter anderem behauptete er, unter der Herrschaft solcher Wahlgesetze trete die Einschränkung der Wähler an die Stelle der Überzeugung. Er sei zwar für das heutige Reichstagswahlrecht, aber es sei doch nur erträglich, weil es durch die verschiedenen Wahlsysteme der Einzelstaaten variiert werde. Er sei weit davon entfernt, sich gegen ein gleiches Wahlrecht in Preußen zu erklären, in Sachsen aber bedeutet es die Herrschaft der Sozialdemokratie, der Partei, die die bürgerliche Gesellschaft zur Auflösung bringen will. Allerdings seien infolge der höheren Löhne die Sicherungen im Pluralwahlrecht auch zum größten Teil illusorisch geworden, wenn man es aber ganz aufzugeben wolle, reiße man alle Dämme ein. Er gab dann einer gewissen Vorlage für ein berufständisches Wahlsystem Ausdruck, um schließlich etwas überraschend zum Schlus zu erklären, die Regierung sei bereit, in Erwägung zu ziehen, die Pluralwahlrechts einzutreten. Er rief darüber hinaus darauf hin, daß ein Wahlgebot die Stimme des Volkes zum Ausdruck bringen müsse, die Regierung aber ein Wahlrecht haben will, um gegen den Willen des Volkes regieren zu können. Nach längerer Debatte, in der nur die Konservativen der ablehnenden Haltung der Regierung gegen eine Wahlrechtsänderung zustimmen, wurde der oben klassierte Mehrheitsantrag angenommen. Dafür stimmten auch die sozialdemokratischen Vertreter, nachdem ihr Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Landtagswahlrechts abgelehnt worden war. Zu diesem Beschlusse muß nun noch die Erste Kammer Stellung nehmen.

Preußen und Elsaß-Lothringen.

In der württembergischen Zweiten Kammer sprach der Abg. Hauckmann (Wp.) über die bevorstehende Herauslösung der Provinz, über Elsaß-Lothringen und die Kriegslage. Er verlas einen Geheimbericht, nach dem sich sieben große Hütten- und Bergwerke in Elsaß zu einer planmäßigen Agitation für Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Preußen verbunden haben und die Kosten dieser Agitation auf die Werke zu übernehmen. Über die Kriegslage sagte er, daß man sich auf einen fünften Kriegswinter gefaßt machen müsse.

Minister v. Weizsäcker bedauerte die schwarze Schillerung, die Hauckmann von den Verhältnissen in Elsaß-Lothringen gegeben habe. Über die Zukunft dieses Landes sagte er, es würde sich mit dem, was ihm das Reich bringt, zufrieden geben müssen.

Aus Lübeck und den Nachbar.

Freitag, 17. Mai.

Herabsetzung der Brotration.

Das Kriegsernährungsamt teilt amtlich mit: Die Entwicklung der Getreidezufuhren aus der Ukraine gestattet es leider nicht, unsere Brotrationsversorgung in den letzten Monaten des Erntejahrs auf diese unsichere, im voraus nicht genau zu übersehenden Einflüsse zu gründen. Wir sind daher, wenn wir sicher gehen wollen, für den Rest des Wirtschaftsjahres in der Hauptstrecke auf die Deckung aus dem deutschen Inland vorbereitet. Die zur Verfügung stehenden knappen Vorräte machen die Einschränkung des Verbrauchs notwendig. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidesetzung in seiner Sitzung am 11. Mai unter Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 16. Juni folgendes beschlossen:

Die tägliche Menge für die Verzehrung bereitgestellt wird von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt. Die bisherigen Zusagen an Schwer- und Schwierarbeiter bleiben bestehen. Die vom Selbstversorger zu verbrauchende Getreidemenge, die bereits mit Wirkung vom 1. April herabgesetzt ist, erhält keine weitere Veränderung. Die Wiederherstellung der alten Ration wird erfolgen, sobald genügende Zufuhren aus der Ukraine in den Händen der Reichsgetreidesetzung sind, spätestens aber, wenn der Frühdruck aus der heimischen Ernte 1918 die Bestände der Reichsgetreidesetzung aufgefüllt hat.

Für den Ausfall an Mehl wie im vergangenen Jahre muss an Fleisch auszugehen, ist diesmal ausgeschlossen. Somit der starke Verzehrung unserer Schweinebestände bewirkt die

jetzige Fleischrationierung bereits einen derart erheblichen Eingriff in unsere Rindviechstapel, daß eine weitere Inanspruchnahme die Milch- und Fettversorgung auf das schwerste gefährden würde. Erhalt wird jedoch durch eine reichlichere Ausgabe von Zucker gewährt werden; ebenso wird die Verteilung von Nährmitteln in den Wochen der Brotverkürzung eine Verstärkung erfahren.

Wir erhalten folgende erläuternde Bemerkungen zu der Herabsetzung der Brotration: Durch eine amtliche Mitteilung des Kriegsnahrungsamtes wird dem deutschen Volke heute die höchst allgemein peinlich berührende Mitteilung, daß ab 16. Juni auf 160 Gramm herabgesetzt wird. Die Zuführungen aus der Ukraine werden mit Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die schlechten Verkehrsverhältnisse in diesem Lande, keine absolute Sicherheit für die Aufrechterhaltung der bisherigen Brotration bis zur neuen Ernte bieten können. Diese Zuführungen bilden aber in den Berechnungen der Reichsgesetzestelle eine nicht ungewöhnliche Stütze. Unsere Getreideernte war knapp und mußte überdies durch die Frühdeutschorganisation bereits nicht unerhebliche Mengen für die Übergangsperiode aus der alten Ernte in die neue Ernte 1917 abgeben. Die abnorm schlechte Ernte in Hessen, die mäßige Getreideernte und die sehr schlechte Futterernte haben begeisterlicherweise nicht dazu beigetragen, das Brotgetreide vor verhinderten Eingriffen zu schützen. Wenn auch die Schweinewerden kann, so ist es doch zu verstehen, wenn der Landwirt versucht, seine Rindviechbestände trotz der furchtbaren Futternot durch das schlechte Jahr hindurchzubringen. Wenn es schließlich auch nur Bruchteile der Brotgetreideernte waren, die auf diese Weise der allgemeinen menschlichen Ernährung verloren gingen, so mußte sie sich in einem Jahr der Knappheit doch noch besonders fühlbar machen. Auch der Schleicherhandel hat im laufenden Versorgungsjahr sehr viel dazu beigetragen, die Vorräte an Brotgetreide zu schwächen. Die Reichsgesetzestelle hat das denkbare Mögliche ver sucht, um eine möglichst reelle Erfassung des Brotgetreides zu erzielen. Die abgelieferten Mengen überschreiten den Betrag der Entschädigung. Das ener gische Vorgehen bei Nachkontrollen und Wegnahme des Getreides hat die Erbitterung der Landwirte auf das höchste gesteigert, wie es auch in den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses zum Ausdruck kam. Andererseits haben die bei den Nachkontrollen hinzugezogenen Arbeiter, wie auch bekannte Arbeiterschriften, u. a. auch der "Vorwärts" am 20. April, zugegeben, daß die Behörden mit aller Energie vorgingen, um den letzten Rest an Getreide der öffentlichen Bewirtschaftung zuzuführen. Es sind also letzten Endes sachliche Elemente, die die Verkürzung der Brotration begründen.

Dass die Übergangsperiode der alten in die neue Ernte besonders schwer zu überwinden ist, und Einschränkung aller Art im Gefolge hat, haben bereits die vorangegangenen Kriegsjahre gelehrt. Auch das Jahr 1917 brachte eine Verminderung der Brot ration, die bereits Mitte April eintrat und allerdings dadurch gemildert wurde, daß die bevorstehenden Reichsfleischzulagen gewährt werden konnten. Besonders empfindlich wurden die deutschen Verbraucher jedoch im Vorjahr dadurch betroffen, daß neben der verkürzten Brotration eine schwere Kartoffelsnot bestand, die besonders von Arbeiterkreisen hart empfunden wurde. Die diesjährige Ration tritt dennoch zunächst um zwei Monate später ein als die vorjährige. Ein Erhalt durch erhöhte Fleischrationierung kann aus Gründen, wie sie in der Presse in den letzten Wochen vielfach besprochen wurden, nicht eintreten. Die Schweinebestände sind stark dezimiert, die Rindviechbestände sind ebenfalls prüfungsangestellt und haben nebenbei auch außerordentlich an Qualität verloren. Es muß daher zurzeit eine Störung der Rindviechbestände durchgeführt werden und sind deshalb schon vorübergehend die Rationen auf 7 Pfund eingetreten. Als Erhalt kann jedoch in diesem Jahre ein anderes nicht unwichtiges Nahrungsmittel gebraucht werden, indem die Zufuhr ration eine Erhöhung erfahren soll. Wie wir hören, erwarten man, daß pro Kopf und Tag für die gesamte Bevölkerung eine Vermehrung der gewährten Zudemenge um etwa 25 Gramm erfolgen soll. Außerdem wird die Verteilung von Nährmitteln in der Zeit der Brotverkürzung eine Verbesserung erfahren. Auch will man es den Kommunalverwaltungen überlassen, durch reichliche Verwendung von Streuungsmitteln die verkürzte Mehlration abgeschwächt auf die Brotmengen zu übertragen. Es wird darum in vielen Orten, besonders dort, wo Mehlsparmaßnahmen vorhanden sind, möglich sein, den Verbrauchern die Verkürzung teilweise zu ersparen. Eine wesentliche Verbesserung bedeutet es, daß Sicherung für die Weitergewährung der 7 Pfundigen Kartoffelration vorhanden ist. Die Entnahmen sind in diesem Jahr ausgezeichnet und machen sich bereits auch in einer reichlichen Zufuhr von Frühgemüse bemerkbar. Es ist darum zu hoffen, daß durch reichliche Zufuhr von Frühgemüse die allgemeine Ernährungslage etwas verbessert wird, damit der Ausfall an Brot zum Teil ausgeglichen werden kann.

Es ist ganz selbstverständlich, daß das Kriegsnahrungsamt mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln besteht, die Zufuhr aus der Ukraine zu steigern und zu beobachten. Daraudurch wird durch die Organisation des Frühdruschens versucht, die deutsche Ernte möglichst frühzeitig in die Hand zu bekommen. Durch diese beiden Maßnahmen kann es gelingen, die Periode der Brot rationverkürzung frühzeitig zu beenden. Mag so die notwendig gewordene Maßnahme unerträglich sein, so kann doch als Trost angenommen werden, daß die schwere Übergangsperiode die Leute der Kriegswirtschaft sein wird. Die aus dem Osten dauernd zu erwartenden und durch Verträge gesicherten Zuführungen aus Rumänien, der Ukraine und Russland werden dahin wirken, daß unsere Brotgetreideorganisation eine breitere Basis findet, auf der eine gesicherte Brotversorgung ausgekehnt werden kann. Ueberhaupt unangenehmen Überraschungen dürfte damit in Zukunft vorbeugeht sein. Das deutsche Volk hat bisher die durch den Krieg hervorgerufenen Ernährungsschwierigkeiten mit bewundernswerter Ruhe und Ausdauer ertragen, es wird auch diese nur kurze Periode überwinden und durch sein Verhalten dem feindlichen Auslande zeigen, daß es die sachlichen Schwierigkeiten zu überwinden versteht und vorbereitet, aber zuverlässig der weiteren besseren Entwicklung der Verhältnisse entgegen sieht.

Soweit die Erläuterung zu den Maßnahmen des Kriegsnahrungsamtes. Es ist nur dringend zu wünschen, daß die als Erhalt für das fehlende Brot in Aussicht gestellten Nährmittel hier auch wirklich zur Verteilung kommen. Gerade daran hat es schon bisher in Lübeck sehr geschafft. Die Entehrungen, welche vor allem die minderbemittelte Bevölkerung in diesen Kriegsjahren zu erleiden hatte, sind ungeheuer schwer. Wer die vielen vor der Zeit gealterten, bleichen und entkräftigten Menschen sich vergegenwärtigt, erst der wird das neue Opfer in seiner ganzen Größe ermessen, das jetzt gefordert wird. Nur der Gedanke, daß es der Verteidigung des eigenen Landes gilt, gibt wohl die meisten die Kraft, es zu ertragen. Aber um so erbitternder wird das Treiben jener Kriegswirtschaftler wirken, die von allen möglichen und unmöglichen Annexionen und Kriegsentschädigungen fressen und dadurch den Kriegsherrn der feindlichen Völker Material für die Verlängerung des Krieges und seiner Leiden liefern. Das sollten vor allem jene Kreise nicht übersehen, die ihre Freude über die Ablehnung des deutschen Friedensangebotes seinerzeit in alle Welt hinauszustreuen für zweckmäßig und angebracht erachteten.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ver eins, die gestern abend im Gemeinschaftshaus tagte, hättechorwagen des Amstuhles, daß sie als Weddingtonster für Karl Marx gelten, einen besseren Besuch verdient. Vor

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Mai. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein feindlicher Monitor beschoss Ostende und sorgte der Bevölkerung erhebliche Verluste zu.

In den Kampffronten war die Feuerkraft nur in wenigen Abgängen gesteigert. Neige Erforschungskraft hielt an. Bei Abwehr härterer englischer Angriffe nördlich von der Scarpe und bei Beaumont-Hall sowie bei erfolgreichen eigenen Unternehmungen südlich von Arras machten wie Gefangene.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge und 1 Zeppelin abgeschossen. Lieutenant Goewenhardt errang seinen 22. Lieutenant Windisch seinen 21. Sieg.

Der erste Generalquartiermeister.
Lübeck.

Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der dem Kriege zum Opfer gefallenen Genossen Heinrich Koop, August Kriegerth, Emil Gienke, Carl Bannow, Wilhelm Lampé, Karl Lehsten, Heinrich Wiese und des verstorbenen Genossen Heinrich Wendelborn in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erhielt Genosse Bromme das Wort zu seinem Vortrage: "Karl Marx, sein Leben und seine Lehre". Redner hob zunächst hervor, daß im Frieden der 100. Geburtstag von Karl Marx sicher durch einen internationalen Kongreß gefeiert worden wäre, auf dem sich die Arbeiter aller Länder die Hand gereicht hätten. Statt dessen kam die Menschheitskatastrophe und riss gerade die arbeitenden Klassen am tiefsten in ihren Stand. In großen Zügen entwarf Genosse Bromme ein Bild von dem Leben und Wirken des großen Toten. Zugleich entrollte er dabei ein Bild deutscher Geschichte und vor allem die Entwicklung des Sozialismus zur Wissenschaft und das Werden der Arbeiterbewegung. Karl Marx sei nicht tot, er lebe in seinem Werke, unsern Organisationen fort. Jedenfalls gehörte er zu den größten Denkern aller Zeiten und obgleich erst in den letzten Jahren ein Dutzend Bände aus seinem literarischen Nachlass erschienen, sei das geistige Erbe dieses Denktrichters noch lange nicht erschöpft. Gerade in der heutigen Zeit, wo wir von einem rasenden Wirbelsturm von dem ruhigen Untergrund unserer Ideale losgerissen seien, sollte uns das leuchtende Vorbild einer so unerschütterten Größe wieder innerlich aufrichten, die auch das Schlimmste mit titanischem Trost überstand. Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte. Unter Benutzung der Hegelschen Philosophie schuf er den historischen Materialismus, brachte er den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Er gab dem Proletariat die Leute in die Hand, seinen Weg zu finden, und die Kraft, sein Wollen zur Tat werden zu lassen. Wenn man sein Lebenswerk in der ganzen Tragweite erfaßt, müsse man sagen, daß er den Gewerkschaften ebenso ein Wegbahner war, wie der politischen Partei. Redner schilderte dann sein Wirken als Redakteur der "Rheinischen und Neuen Rheinischen Zeitung", den Hunger und Elend des Flüchtlingslebens, das Leiden seiner hochherzigen, feinfühlenden Frau, geb. Jenny von Westphalen, und den Freundschaftsbund mit Friedrich Engels. Mit Engels zusammen verfaßte Marx "Die heilige Familie", die den ersten Versuch, den Klassenkampf sozialistisch zu erfassen und die ersten Keime der materialistischen Geschichtsauffassung enthielt, weiter das "Komunistische Manifest", das als Geburtskunde des wissenschaftlichen Sozialismus gelten könnte. In Brüssel habe Marx auch seine Streitschrift "Das Elend der Philosophie" gegen den französischen utopistischen Sozialisten Proudhon verfaßt, der ein Buch über das Eigentum, die Bekennnisse eines Revolutionärs, "Das Recht auf Arbeit" und die "Philosophie des Elends" auf einer friedlichen anarchistischen Grundlage geschrieben hatte. Wenn auch manche Abhaken des "Kommunistischen Manifestes" veraltet sind und Marx mit seiner Verfehlungstheorie geirrt, wenn er das Ende des Kapitalismus viel näher geplätscht habe, so erkläre sich das daraus, daß er in einem anderen Teile der kapitalistischen Wirtschaftsperiode gelebt habe. Heute sei unsere Politik nicht mehr so einfach wie damals. Der steile Aufstieg der militärischen Großindustrie sei erst nach Marx Todes erfolgt. Aber die Kapitalkonzentration habe sich über alle Vorstellungen von Marx hinaus entwickelt, durch den Krieg erst recht. Doch ebenso lebt die Proletarisierung der Massen. Man müsse annehmen als habe Marx von einem Bergriesen aus das sozialistische Endziel gesehen und den Weg dahin gezeigt. Er hat aber die Entfernung gewaltig unterschätzt, hat die vielen Täler, Mulden und Hindernisse, die regelnden und organisierenden Kräfte der Kartelle und Syndikate übersehen, die das Vordringen des Sozialismus aufzuhalten. Im übrigen aber habe sich der marxistische Sozialismus längst als wahr erwiesen. Der Marxismus arbeite aus allen Ecken der heutigen Welt. Genosse Bromme schilderte dann die Tätigkeit, die Marx im Generalrat der ersten Internationale ausübte und den Inhalt der Inauguralrede aus dem als Triumph der Arbeiter die Jahrhundertkampf in England und das Gelände des genossenschaftlichen Experiments der Pioniere von Rochdale" hervorzuheben sind. Neben dieser reißenden Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ging Marx noch daran, eine Geschichte der politischen Ökonomie, sein Hauptwerk "Das Kapital" zu schreiben, in dessen ersten Band er das Bewegungsgesetz des Kapitals, die Quelle des Reichtums, zeigte. Der zweite und dritte Band sei auf Grund der Marxischen Entwürfe erst nach Marx Tode von Engels herausgegeben worden. Heute bearbeitete Kautsky den übrigen Nachschlag. Redner gab einen kurzen Auszug aus dieser "Bibel der Arbeiterschaft" und schilderte dann das Ende des großen Kämpfers und schloß dann das Ende des großen Kämpfers und Kämpfers. Wenn auch Marx die Lebenskraft und -dauer des Kapitalismus unterschätzte, so hätte doch die Marxische Lehre die Welt erobert. Er habe am laufenden Webstuhle der Zeit die größte Klassenbewegung aller Zeiten erzeugt. Wir würden uns auch als schlechte Schüler ausweisen, wollten wir wegen der jetzt tobenden Kriegsfurie die Hoffnung aufgeben, auf den endlichen Sieg unserer gerechten Sache. Jenes Werk, das Marx vor 70 Jahren wie einen Feuerbrand in die Herzen der Massen warf: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" würde einmal Wahrheit werden. Karl Marx lebe fort als weitgestaltende Kraft in Millionen und Abermillionen von Arbeitern. Auf ihm treffe das Dichterwort voll und ganz zu: "Es wird die Spur von seinem Gedächtnis nicht in Leonen untergehn!" Lebhafte Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners. Darauf schloß der Vorsitzende, Genosse P. Löwigt die Versammlung, die sich als würdige und eindrucksvolle Feier des großen Kämpfers erwies.

Die Aktion der Großerwerbspolitiker in den Hansestädten scheint selbs bei ihren Utreibern keine ungetrübte Freude hinterlassen zu haben, obwohl die von jener Seite gestellten Anträge in Bremen, Hamburg und Lübeck von den Bürgerschaften mit großer Mehrheit angenommen wurden. Allerdings hat sich hier in Lübeck noch der Bürgerausschuss mit der Frage beschäftigen, ob er den betreffenden Antrag Schwabroth den Senat überreichen will, doch ist bei der Zusammensetzung dieser Bürgerschaft nicht daran zu zweifeln, daß das gleich ist. Bemerkenswert ist die mehr als bescheidene Zurückhaltung, mit welcher das hiesige parteipolitisch-aldeutsche Organ das Ergebnis der gleichen gewünschten "Gemeinschaftslandesbildung" bezeichnet. Der gedämpfte Trommelfeuer steht in einem leichten Gegensatz zu dem bunten Kriegsgeschehni, das sonst aus den Spalten des Blattes erkönne. Wenn man sich allerdings vor Augen hält, wie wenig Interesse das große politische

Vorstoß bei zahlreichen Mitgliedern der Bürgerschaft stand, die sich um politische Dinge wenig oder garnicht kümmern, und wenn man weiter in Betracht zieht, daß nicht als ein Drittel der Antragsteller selbst den Verhandlungen fern blieb, so ist das wohl verständlich und versteht. Hörer als der Umstand, daß lange nicht die Hälfte der Bürgerschaft für den annexistischen Antrag stimmte, ist jedoch die Tatsache, daß hinter den scharf abweilenden Gegnern des Antrages die große Mehrheit der Bevölkerung Lübeck steht und daß es deshalb eine Entschließung ist, wenn man behauptet, die Forderungen der Annexionisten seien diejenigen Über's.

So wenig Beifriedigung wie in Lübeck scheint der Verlauf der Dinge auch in Hamburg erregt zu haben. Das ergibt sich aus den sauerlichen Vertrachtungen, die jetzt stark in vaterlands-parteilichen Fahrwasser segelnde Blätter wie der "Hamb. Corr." und das "Hamb. Fremdenbl." anstellen. Der "Hamb. Corr." schließt, nachdem er selbst betont, daß durch Kriegszielresolution nicht das Ende des Krieges erreicht wird, mit dem Bemerk: "Zehr erfreulich ist die lange Fortsetzung, also nicht gewesen. Daß sie aber mit einer fast einmütigen Rundgebung der Bürgerschaft für Hamburgs Kriegsziele geehrt hat, kann allein damit auskönnen." Und das "H. Fremdenbl." sagt berischt: "Anstatt in verächtlichem Weise die Verhandlungen zu kritisieren, redete man mehr als sieben Stunden erregt aufeinander ein und bot durch dem Auslande wie der Heimat das Schauspiel einer nicht sein soll". So hat der Vorstoß der Großerwerbspolitiker selbst nach kriegerlicher Meinung nur schädliche Wirkung gehabt. Es ist schon so, wie wir immer hervorgehoben haben und wie unser Hamburger Bruderorgan in einem Artikel über die Kriegszieldebatte in der Hamburger Bürgerschaft betont: "Es sind also sehr kurzfristige Politiker, die, wie die Herren Dr. Stubmann und Genossen vermeinen, der Friedensfriede könne durch möglichst rücksichtlose Ausnutzung einer günstigen militärischen Lage um besten Gewinn werden. Der Beschluss der Bürgerschaft hat leider gezeigt, daß die Zahl der politisch Kurzfristigen nicht gering ist, die Leute, die nicht über das heute und Morgen blicken können, die auch noch nicht begriffen haben, daß dieser die ganze Welt eröffnende Krieg etwas ganz anderes ist als alle früheren Kriege, und daß deshalb an eine Beendigung auch unter ganz anderen Voraussetzungen herangetreten werden muß als bei früheren Friedensschlüssen. Das Ziel muß und kann nur noch sein, den Krieg unter Bedingungen zu beenden, die seine Wiederkehr für alle Zeiten verhindern, nicht, dem einen Teil für einen anzen oder halben Sieg besondere Vorteile zu sichern, die zum Keim für neue noch unheilvolle Kriege werden würden. Daß die Regierung sich zuerst zu dieser Auffassung durchgerungen haben, wird ihnen die Geschichte gerecht zum Raum antnehmen."

Den gründsätzlichen Kampf um die Vorriegswirtschaft gegen den Staatssozialismus predigte hier gestern in einer Versammlung des Hansabundes dessen Geschäftsführer Dr. Köhler. Der Redner wendete sich besonders gegen die vom Reichswirtschaftsamt geplante Regelung der Übergangswirtschaft und die damit in Verbindung stehenden Vorstöße Walther Rathenaus; er sprach gleichzeitig von den "Gebannten", die inneren Zusammenhängen nicht begreifenden Masse, die in dem Staatssozialismus das Heil sucht", und trat für eine von den Feinden zu zählende Kriegsentzündung ein. Zum Schlus vertrug er sich zu der gewagten Vermutung, daß man "uns in Deutschland wieder binden und den Krieg verlieren lassen will, in dem Augenblick, wo wir durch das Schwert den von England gegen uns organisierten Wirtschaftskrieg gewinnen". Dann wurde folgende vom Präses Diimpfer verlesene Resolution angenommen: "Eine von der Landes-Gruppe Lübeck des Hansabundes veranstaltete Versammlung der Erwerbstände Lübecks hält die von dem Reichswirtschaftsamt vorgeschlagenen Entwürfe zur Regelung der Übergangswirtschaft nicht für eine geeignete Grundlage zur baldigen Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Nicht die vorge sehene Schaffung neuer Behörden und neuer Zwangseinrichtungen kann die Schwierigkeit der Übergangswirtschaft be seitigen, sondern nur die möglichst schnell herbeizuführende freie Tätigkeit der schaffenden Kräfte unseres Volkes bietet die Gewähr für ein schnelles Wiederaufblühen unseres durch den Krieg und die Kriegswirtschaft schwer beeinträchtigten Erwerbslebens."

Hansatheater. Der für die Pfingstfeiertage ausgestellte Spielplan muß in weite eine Aenderung erfahren, als am 2. Pfingstfeiertage die Erstaufführung der neuen Operette "Liebe im Schnee" wegen Extraktion des Darstellers einer Hauptpartie nicht stattfinden kann. Hierfür wird die mit so großem Beifall aufgenommene Operette "Ein Malertraum" wiederholt, ebenso am Dienstag abend. Die Erstaufführung von "Liebe im Schnee" findet nun nicht bestimmt am kommenden Mittwoch statt.

Für die Lübeck-Spende bewilligte das Drägerwerk den Betrag von 100.000 Mark.

pb. Gelegenheit macht Liebe. Gestigem wurde ein 16jähriger Bursche, der mit der Führung eines Postwagens vertraut war und die sich ihm bietende Gelegenheit dazu benutzt hatte, ein Postpaket zu stehlen und den Inhalt für sich zu verwenden.

pb. Steckbriefing. Gestigem wurde ein Heizer eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, der seitens der Staatsanwaltschaft wegen Liebhabers steckbrieflich verfolgt wurde.

pb. Ingolstädter Hund. Der Polizeiwache in der Einfeldstraße in einem schwarzen Schweißband von fröhligem Körpecbau mit braunen Beinen und braunen Flecken am Kopf zugelaufen.

pb. Treibriemendiebstahl. In der Nacht zum 14. Mts. sind einem in der Rockstrasse wohnhaften Schmiedemeister drei fast neue Treibriemen gestohlen worden. Dieselben sind 6 cm breit und 11, 5 und 11, 5 m lang.

pb. Schlecht behaltete Liebe. Einem und seitigen Arbeitern, die einem Soldaten, der für sie in einem hiesigen Konzerthaus Getränke bezahlt hatte, bei dieser Gelegenheit einen größeren Geldbetrag gehohlt hatten.

Nenmluster. Ein schweres Brandunglüx ereignete sich in dem Hause Kärberstraße 7, wo die 55jährige Ehefrau des Arbeiters Sandrock, in der Küche mit dem Rücken der Wände beschäftigt war, wobei glühende Kohlen vom Herd fielen, die die Kleider der Unglücklichen in Brand setzten. Vollig nach wurde die Unglückliche aufgefunden, die an allen Körperstellen Brandwunden erlitten und bald unter entzündlichen Qualen starb.

Lüneburg. Wegen Kindesmord verurteilte das Schwergericht die 24 Jahre alte Dienstmagd Helene Marx unter Annahme minderwertiger Namhände zu zwei Jahren Gefängnis. Sie war in Celle in der Einrichtungssanstalt am 14. Oktober 1917 von einem Mädchen entbunden worden, das sie nach ihrer Entlaßung am 28. Oktober in der Nähe von Celle in einem Walde leben-dig begraben hat.

Berantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

finden durch den "Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werd-täglichen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, interesse im "Lübecker Volksboten" —



Ist vor der Tür. —

immer reger wird der Ge-
schäftsverkehr in unserem Kaufhause. — — Tägliche

Neueingänge haben die durch die gewaltigen Umsätze der letzten Tage
entstandenen Lücken durch neue, oft weit schöneren u. vorteilhaftere Waren
wieder gefüllt.

Die Auswahl ist also unverändert groß:

Sommer-Kleider, Blusen u. Röcke in entzückender Machart
Reizende Kleidung für Mädchen u. Knaben
Elegante Damen-Hüte

und vor allem die vielen Kleinigkeiten, die zur Ergänzung des Pfingst-Anzuges erforderlich,
und die erfahrungsgemäß erst im letzten Augenblick gekauft werden, führen wir sehr preiswert!

Prüfen Sie!

Damen-
Handschuhe
dicht u. durch-
brochen ... 95 S. 40

Damen-
Handtaschen
Kodakform- u. 2.95 1.25
Besuchertaschen

Breite
Seidengürtel
einfarbig u. in schönen
Blumenmustern ... 5.75

Selene
Haarbänder
in vielen Farben
abgepaßt, Stück 50 S. 20

Damen-
Batistkragen
für Blusen u. Jackettis 95 S. 75 S. 40

Wir empfehlen besonders die Vormittagsstunden zum Einkauf.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK
HOLSTENSTR.

Abbau- und Grunflächenerhebung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 16. April
da. Ja. werden hierdurch alle Landwirtschaft betreibenden Per-
sonen, die eine Landfläche von mehr als 10 Ar = 50 Auten in
ihrem sozialem Abbau (auf dem Felde, auf Bau, Lager und
anderen freien Plätzen) bewirtschaften, einen Fragebogen oder
eine Anforderung zur mündlichen Auskunftsstellung aber bisher
nicht erhalten haben, hierdurch aufgefordert, die Erklärungen
über ihren Abbau sofort in unserm Bureau, Fleischhauerstr. 16, II,
abzugeben.

Ürde, im Mai 1918.

(2848)

Das Statistische Amt.

Allgemeines Krankenhaus.

Zu Ronze, d. 20. Mai 1918
(2. Pfingstag)

keine Besuchszeit.

2839 Die Direktion.

Zentralelonien.

Anmeldungen zur Zelldichtheit
an den diesjährigen Zentra-
lonien sind vom 23. bis zum
25. Mai bei dem best. Rektor
zu bewilligen. Schärfste An-
mehrungen werden nicht berü-
cksichtigt.

Der Verstand.

Konservverein

für Lübeck und Umgegend.
G. G. u. E. S.

Des Pfingstfestes halber ist
unser Konserv am Sonnabend,
dem 18. d. Mts., von nach-
mittags 2 Uhr ab
geschlossen.

Der Verstand.

Stolz und unermattet
erhielten wir die liefermüti-
chende Nachricht, daß mein
verzogenes liebgeliebter
mann, mein Kinder liebe-
voller, treuherziger Vater,
der Landwirtmann (2840)

Wilhelm Matthäus
im Alter von 41 Jahren am
3. Mai an seiner erlittenen
kranken Verwundung tödlich
entkleidet ist.

In dieser Trauer seine
übergeordnete Frau
Betty Matthäus (2841)

nebst Kindern, Eltern, Brü-
der, Schwester, Schwägerin
u. al. Verwandten u. Bekannten.

Gr. Danz., d. 16. Mai 1918.

Ruhe ruht in Friedensland.

Statt Karten.

Wir die mit beweisen Teil-
nahme beim Einscheiden meines
unvergesslichen kleinen Freu, Herrn
Becker für seine treu-
treuen Karte. Jedes Siermik
meinen liegeblütten Danz. (2841)

Will. Dürker.

Geburtsort, Geburtsjahr, Spur
(Transport-)Karte, Sicherheit-
stelle zu dokumentieren.

Tüchtiger, älterer Werkzeugschlosser,

welcher sich zur Kontrolle der
Werkzeuge eignet, zu sofortigem
Austritt gesucht.

Elbewerft, G. m. b. H.

Boizenburg. 2336

Seiden-, Firnis- und Lacks-
farbe jeden Volumen. (2847)

Aug. Fölsch. Bei St. Johannis 22.

Herrn 3428.

Wieder vorrätig

Apfelwein.

Lübecker Weinhaus

Otto Voigt. 2337

Freibank. Ausgabe v. Freibank-

fleisch am Sonnabend, d. 18. Mai

vorm. 9 Uhr, für d. Nr. 551—650.

Der Verkauf findet in der

Leichtverkaishalle auf dem

Schlachthof statt. (2848)

Hosen-, Kanin- u. Rokken-felle
und beschlagnahmt und müssen gemäß den gesetzlichen
Bestimmungen abgeliefert werden. (2842)

Antauflässtellen in Lübed:

Hermann Boy, Sandstr. 21
J. L. Würzburg, Bahnhofstr. 22a
Alfred J. Müller, Hamburg
vom Königl. Preuß. Kriegsmin. zugel. Großhändler.

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige

:: Manufakturwaren ::

Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Haltbare Hosenträger

mit Leder und gutem
Gummi

Aug. Janensch,
Sandstraße 6. (2838)

Sonnabend, 18. Mai

bleibt mein Geschäft
geschlossen.

L. Duve, Große Burgstr. 32.

HANSA-THEATER.

Operetten-Gastspiel.

Freitag, den 17. Mai, abends 8 Uhr: Die tolle Komödi.

Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 Uhr: Die tolle Komödi.

Sonntag, 19. Mai (1. Pfingstf.), ab. 8 Uhr: Die tolle Komödi.

Mittwoch, 3½ Uhr: Freud.-Vorstellung: Die tolle Komödi.

Mittwoch, 28. Mai (2. Pfingstf.), ab. 8 Uhr: Ein Walzertraum.

Nachmittags 3½ Uhr: Ein Walzertraum.

Dienstag, den 21. Mai, abends 8 Uhr: Ein Walzertraum.

Kartenverkauf ab heute an den bekannten Verkausstellen.

Dreihunderttausend Glückliche.

Damit ist nicht etwa die Zahl der Kriegsgewinner in den kriegerischen Ländern gemeint. Ganz abgesehen davon, daß Geld nicht glücklich macht, wenn auch der Mangel an Moneten in dieser Zeit der Leidenschaft auf jeden Fall ein Unglück ist. Hier soll von dem Austausch der Kriegsgefangenen und Internierten zwischen Frankreich und Deutschland die Rede sein.

Es ist vereinbart worden, daß alle Kriegsgefangenen sowohl Deutsche als Franzosen, die sich am 15. April 1918 krankheitshalber in der Schweiz befanden, und sofern sie vor dem 1. November 1916 in Gefangenenschaft geraten sind, in die Heimat zurückkehren und nicht wieder im Kampfe verwendet werden. Außerdem werden zwischen Deutschland und Frankreich jene Kriegsgefangenen Kapitum Kaps ausgetauscht, die mindestens 18 Monate in Gefangenenschaft gewesen sind. Unteroffiziere und Mannschaften werden in ihr Heimatland entlassen, die Offiziere werden in der Schweiz interniert. Im Verlaufe einer Reihe von Monaten werden etwa 120 000 einer jeden Landes heimgeführt werden. Ohne Rücksicht auf die Kapfzahl werden ferner ausgetauscht die über 45 Jahre alten Kriegsgefangenen und ferner Familienväter über 40 Jahre mit mindestens drei Kindern. Weiter dürfen zurückkehren die 315 Personen, die interniert sind oder interniert waren.

In der Kriegsgeschichte aller Zeiten steht der Fall vereinzelt da, daß Kriegsgefangene in so großer Zahl heimkehren können, während auf den Schlachtfeldern noch die Kepen donnern. Aber wer kann da zudenken, der jetzt in den Herzen der alten Bevölkerungen jauchzt! Dreihunderttausend Wohnen wählt das Völkermorden, und viele Zehntausende sind seit den ersten Tagen in Kriegsgefangenschaft geraten. Leidensjahre liegen hinter ihnen, die eine ständige Folter waren.

Da war der Abtransport vom Schlachtfeld. Ein gepfercht in die Viehwagen, tagelang ohne Speise und Trank, traktiert mit Kolbenstößen und Prügeln. Erstickende Hitze in den Sommermonaten, erfrierende Kälte im Winter. Publikum und Wächter aufgepeitscht durch die nationalen Leidenschaften. Unfändig der Sprache wurde ihnen als Bosheit und Niedertracht angerechnet, was Unverständnis oder Mißverständnis war.

Dann kam das Lager: Stacheldraht, Stacheldraht wo hin der Blick auch streifte, ob Morgen, ob Abend, Sonnenschein oder Regen, wochenlang, monatlang, durch Jahre hindurch. Kein freundliches Wort, graue Befehle, Schimpfwörter, verächtliche Gebärden. Selbstbewußtsein ist Freiheit. Der Gefangene soll kriechen. Vor jedem! Überverteilung von allen Seiten.

Für die Gesunden später Arbeit. Verhaftete Zwangsfron für den Feind. Und doch für viele eine Erleichterung gegenüber der grauslichen Odeur des Lagers. Aber wer ein Vogel ist, kann hier auch gründlich eintauchen. Geizige Bauern, die aus dem Feinde besondere Vorteile herauszuhinden wollten, profitierende Industrielle, rohe Aufseher; ungewohnte, ungefundene, lebensgefährliche Arbeiten. Verzweiflung, Flucht von der Arbeitsstelle, Menschenjagd und Wiedereinsagen, vier, acht Wochen Arrest bei Wasser und Brot. Zurück ins Loch! Unerbittlich, unentzinnbar!

Und dann dazu Ungewissheit und Sehnsucht! Wie lange, eine wie unendliche Zeit brauchen die Briefe hin und zurück. Wochen, Monate vergehen immer. In abgemessenen Zeiten wenige, arme Zeilen. Jeder Brief wird durchschüttelt, jedes Paketchen, das sorgende Liebe dahinter ist abgedorbt. Vielleicht geht es ihm gut, und Weib, Kind, Eltern sorgen sich unnötig. Vielleicht auch leidet er Unmögliches und darf nicht klagen. Qualen, Qualen; der verfluchte Krieg! Und immer noch kein Ende!

Doch für 300 000 hat er ein Ende. Für 300 000 hüben und drüben. Schon sehen sie es, und mit ihnen hoffen die Zurückbleibenden und die Gefangenen in anderen Ländern.

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.
26. Fortsetzung.

Der Richter stellte fast nur noch der Form wegen einige Nachforschungen an, dann fragte er Diethelm zuletzt, ob er in bezug auf seine Haft noch etwas zu wünschen oder zu klagen habe. Diethelm erwiderte, daß er den Advoat Rothmann sich zum Rechtsbeistand nehmen wolle. Als der Richter hierauf entgegnete, daß dieser im Auftrage der Fahrnisversicherung sein Ankläger sei, schloß Diethelm: „Dann will ich gar keinen Advoat. Ich habe aber noch eine Bitte, ich frag' mich fast, sie zu sagen: man hat mir die Hosenträger genommen, damit ich mich nicht daran aufhänge, und ohne die Hosenträger ist's mir immer, als ob mir der Leib auseinanderfällt.“

Der Richter klingelte dem Amtsdienner und befahl ihm, das Gewünschte Diethelm wieder zurückzugeben. Der Amtsdienner meldete leise etwas, und der Richter sagte: „Diethelm, Ihr könnet Eure Frau und Tochter sehen, wenn Ihr versprecht, nichts von Eurer Anklage mit ihnen zu reden.“

Diethelm versprach und blieb auf dem Stuhl sitzen. Mit schnellen Rücklings trat Martha ein, Fränz aber drang ihr voraus und strecte dem Vater beide Hände entgegen. Diethelm schüttelte sie wacker und reichte dann die andere Hand seiner Frau, die er aber bald zurückzog, um sich eine Träne abzutrocknen. Fränz berichtete, daß sie mit der Mutter in der Post wohne. Der Richter befahl, daß Diethelm abgeführt werde. Er sprach kein Wort mit den Seinen und ging den Damen.

Der Richter sagte nun Martha, daß er sie auch gleich verhören wolle, da sie nun da sei; er bot ihr den Stuhl an, den Diethelm jedoch weichen, sie setzte sich und legte die Hände ineinander. Sie bat, ob nicht ihre Fränz bei ihr bleiben dürfe. Der Richter verneinte dies mit Bedauern, Fränz könne indes im Vorzimmer warten.

Martha preßte die gefalteten Hände wie zu einem Dankgebet zusammen, als ihr der Amtsdienst die schön menschliche Gesetzesbestimmung erklärte, daß ein Angehöriger keinen Zeugenred zu leisten habe und es überhaupt seinem Belieben anhängig gestellt sei, Zeugnis abzulegen oder zu verzögern. Martha erklärte sich für ersteres, teils in der Hoffnung, ihrem Manne zu nützen, teils auch weil sie den Mut nicht hatte, ohne Red und Antwort das bestellte Gericht zu verlassen.

Martha war so offenbar ein Bild des aufrichtigen Jammers, daß der Richter sie nicht mit verwirrtesten Fragen quälen wollte. Sie konnte mit Zug befreieren, daß sie von der Handelskraft ihres Monats fast gar keine Einsicht hatte, und als auf ihren Ehezwist wegen der Großtorei und Verschwendung Diethelms die Rede kam, glaubte sie, daß Gott es ihr verzeihen müsse, wenn sie das

Daheim aber freuen sich Eltern, Frauen und Kinder, und mit ihnen freuen sich alle, die sich in diesen Zeiten eine mitsühnende Seele bewahrt haben. Aber wer kann den Jubel ermessen, der jetzt in den Herzen der Begnadigten leuchtet? . . .

Die drohende Wohnungsnot.

Zweifellos werden nach dem Kriege die Schwierigkeiten, die uns der Krieg gebracht hat, nicht sofort aufhören. Mit der Nahrungsmittelknappheit, die im Gefolge des Krieges aufgetreten ist, werden wir vielleicht noch Jahre lang zu kämpfen haben, und dazu wird als Schwierigkeit von ganz besonderer Größe eine starke Wohnungssnot treten. Schon jetzt herrscht vielfach Mangel an Kleinwohnungen. In einzelnen Orten ist es schon heute soweit gekommen, daß man Neubauswohnungen bauen muß, damit nicht zahlreiche Familien obdachlos werden. Während des Krieges sind, abgesehen von der ersten Zeit, Kleinwohnungen so gut wie gar nicht gebaut worden. Nach Friedensschluß muß der Bedarf an Kleinwohnungen sprunghaft steigen, weil dann viele Kriegsgetraute sich einen Hausstand gründen und Frauen, die jetzt während des Krieges zu ihren Eltern gezogen sind, mit ihrem zurückgekehrten Mann eigene Wohnungen beziehen wollen. Man ist sich wohl auch allenthalben darüber klar, daß die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungswesens sehr groß sein werden.

Darauf wies auch der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Freiherr v. Stein, dieser Tage im Reichstag hin, wo über die Anträge des Wohnungsausschusses beraten wurde. Daran, daß jetzt schon in größerem Umfang Kleinwohnungsbauten errichtet werden, ist nicht zu zweifeln. Es würde an Arbeitskräften und Material fehlen.

Außerdem sind die Baukosten um 100 bis 150 Prozent höher als im Frieden, so daß die jetzt gebauten Häuser später, wenn die Baukosten wieder sinken, unrentabel wären. Nun kann man aber auch nicht einmal darauf rechnen, daß unmittelbar nach Friedensschluß allenthalben der Kleinwohnungsbau mit aller Kraft wieder aufgenommen werden wird. In der ersten Zeit nach dem Kriege werden noch große Materialschwierigkeiten zu überwinden sein, außerdem wird wahrscheinlich ein sehr großer Kapitalbedarf in der Industrie einzehen und deswegen Kapital für den Kleinwohnungsbau schwer zu bekommen sein. Es ist ja jetzt schon vielfach von den Städten und Gemeinden die Bereitstellung von Mitteln für den Kleinwohnungsbau vorgesehen, aber was bisher geschehen ist, dürfte nicht entfernt genügen.

Die Hauptschwierigkeiten aber, die der Wiederaufnahme des Kleinwohnungsbauens nach dem Kriege entgegenstehen wird, dürfte folgende sein: Auch nach Friedensschluß werden wahrscheinlich die Baukosten noch sehr hoch sein, wenn sie auch von der jetzt erreichten Höhe herabgehen dürften. Niemand aber wird übersehen können, wie sich dauernd die Baukosten gestalten werden. Wer zu den hohen Baukosten der Übergangszeit hält, muß fürchten, daß er dann für das angelegte Bankkapital eine entsprechende Verzinsung nicht herausholen kann, wenn später die Baukosten wieder sinken und die Mieten sich dann allgemein nach diesen niedrigeren Baukosten richten. Die Furcht, auf diese Weise einen Teil des aufgewendeten Kapitals zu verlieren, wird aber in der Übergangszeit, wenn nicht Staat und Gemeinde Hilfe leisten, sowohl die Privatunternehmer wie die gemeinnützigen Bauvereinigungen davon abschrecken, den Kleinwohnungsbau aufzunehmen.

Deshalb ist man sich in allen Kreisen, die sich näher mit der Wohnungfrage beschäftigt haben, darüber klar, daß auf eine Milderung der Wohnungsnot in absehbarer Zeit nur dann zu rechnen ist, wenn von Reich, Staat und Gemeinden in der Übergangszeit Zuschüsse zu den Baukosten gezahlt werden oder wenn ein dauernder jährlicher Zuschuß für die in der Übergangszeit gebauten Häuser garantiert wird.

In den vom Reichstag angenommenen Anträgen des Wohnungsausschusses wird auch gefordert, daß vom Reich

500 Millionen für den Kleinwohnungsbau aufgewendet werden. Dabei hat der Wohnungsausschuß den Wunsch ausgesprochen, daß die Bundesstaaten und Gemeinden einen gleichen Betrag für den Kleinwohnungsbau aufbringen. Es würde nicht genügen, wenn man etwa diese Summen benötigen sollte, um Darlehen für den Kleinwohnungsbau zu geben, sondern es ist unbedingt notwendig, daß das Geld zur Gewährung von Zuschüssen für die übernommenen Baukosten, die in der Übergangszeit zu erwarten sind, verwendet wird. Sonst stehen wir auf dem Gebiete des Wohnungswesens vor einem Schrein ohne Ende, und es wäre nicht zu vermeiden, daß wir viele Jahre lang mit einer massenhaften Obdachlosigkeit zu kämpfen hätten.

Die Gewährung von solchen Zuschüssen ist auch schon deswegen notwendig, damit die Mieten, die ja schon jetzt im Steigen begriffen sind, nicht eine zu große Höhe erreichen. Die Mieten sind ja sowieso nicht mehr auf dem Stand zu halten, auf dem sie vor dem Kriege gewesen sind, schon aus dem Grunde, weil viele Hausbesitzer für ihre Hypotheken eine höhere Zinszahl werden zahlen müssen oder schon jetzt zahlbar als vor dem Kriege, und weil die Kosten der Instandsetzung der Häuser und der Verwaltung gewachsen sind. Erste aber eine dauernde Wohnungsnot ein, so würden die Mieten weit über das Maß hinaussteigen, das durch die Zinsen- und Unterkünfte geregelt wären. Die Bestimmungen, die zum Schutz der Mieter erlassen sind, werden dann kaum helfen, wenn jeder froh sein muß, überhaupt eine Wohnung zu bekommen. Also auch um eine neue, schwere Belastung der Lebenshaltung der breiten Massen zu vermeiden, ist der hier geforderte Zuschuß dringend notwendig.

Freilich darf man sich allein mit dieser Maßnahme nicht begnügen, um die Wohnungsteuerung zu bekämpfen. Das zu erwartende oder schon eingetretene Steigen der Mieten und die Wohnungsknappheit können zur Folge haben, daß auch die Bodenpreise steigen. Es muß aber den Massen des deutschen Volkes wenigstens eine Mehrbelastung, die den Bodenwuchs und den Bodenverlusten zugute käme, erspart werden, und das könnte am besten durch ein durchgreifendes Enteignungsrecht von Staat und Gemeinden geschehen. Das Recht zum Enteignen von Land für den Kleinwohnungsbau ist heute schon in mehreren deutschen Bundesstaaten vorgelegt. Mit dem Enteignungsrecht ist aber nicht viel gewonnen, wenn bei der Enteignung die von Spekulanten bereits in die Höhe getriebenen Bodenpreise zugrunde gelegt werden. Es müßte, wie es auch in dem von der Bürgerschaft an den Bürgerausschuß überwiesenem Antrag Württemberg vorgeschlagen ist, unbedingt bestimmt werden, daß das Land zu dem Werte enteignet werden kann, den es bei seiner bisherigen Nutzung für landwirtschaftliche Zwecke oder als Lagerplatz gehabt hat. Nur so kann verhindert werden, daß das deutsche Volk wieder Millionen und über Millionen den Bodenwuchs erneut muss, Summen, die einer Anzahl Grundbesitzer mühselig in den Schoß fallen würden, während die Mieten der auf solchem Boden errichteten Häuser dauernd den hohen Bodenpreisen entsprechende hohe Mieten zahlen müßten.

Die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind so groß, daß selbst, wenn von allen Seiten die größten Anstrengungen gemacht werden, um Abhilfe zu schaffen, die Zustände immer noch schlimm genug werden. Um so notwendiger ist es, daß wenigstens alles geübt wird, was nur irgend geschehen kann, um der drohenden Not zu steuern.

Wo das Gold rollt.

Gewisse Kreise, darunter die „Deutsche Tageszeitung“, können es nicht unterlassen, Stadt und Land in einen tierbedauерlichen Gegenatz zu bringen. Weil man dem Arbeitervorstand, der im Kriege seine Pflicht erfüllt, nichts am Zeuge lassen kann, müssen immer wieder „die hohen Löhne der Arbeiter“ zur Verhöhnung herhalten oder auch zur Begründung von Wucherpreisen bei Landwirtschaft und Handel. In Nr. 223 heißt es in der „Deutschen Tageszeitung“: „Die durch die Teuerung verursachte Notlage scheint

nicht unter die Welt kommen lassen; sie bestreift daher jeden ehemaligen Zwist und löste ihren Mann aus Herzensgrund. Der Richter ging bald hierauf ab und fragte: „Ist nie zwischen Euch und Eurem Manne davon die Rede gewesen, daß er brandstiftet will?“

Martha war's, als jählichen ihr Flammen ins Gesicht. Was sollte sie darauf antworten? Zwar hatte damals am Verhandlungstage Diethelm die Sonne zum Zeugen angerufen, daß sie ihn nie mehr erwärmen solle, wenn er einen solchen Gedanken habe, aber wenn sie das bekannte, wer weiß, was daraus gemacht wird? Aber sie hat doch versprochen, die Wahrheit zu bekennen. Zweimal ließ sich Martha die Frage wiederholen, und schon stand ihr das Bekenntnis auf der Zunge, aber sie schluckte die Worte hinab, und matt die Hände in den Schoß sinken ließend, sagte sie: „Nein, nie, niemals.“

Heber Medard befragt, erklärte sie, daß er ihrem Mann schon lange gram war, weil er ihm manchmal im Zorn das Zuchthaus vorgesworfen und der Medard sei ohnedies ausfällig gegen den Meister gewesen, weil er seinen Bruder, den er lieb hatte wie sein eigenes Kind, nicht vom Militär losgesetzt habe; gegen sie aber sei er immer gut gewesen, er habe zwar manchmal Veruntreuungen gemacht, aber die könnten einmal die Schäfer nicht lassen. Martha unterschrieb das Protokoll und wandte hinaus zu ihrer Tochter. Im Amthause sprach sie kein Wort mehr, auf der Straße aber sagte sie: „Das sind Seelenverderber, die Amaleute, da droben haben sie mir das Herz ausgeschärfert.“

Fränz suchte die ungemein erregte Mutter zu beruhigen, so gut sie konnte, aber noch im Schlafe sah sie Martha oft wild auf und warf sich im Bett hin und her.

Diethelm war indes mit triumphierendem Stolz in sein Gejüngnis zurückgekehrt. Von aller Untat war keine Erinnerung in ihm; er dachte nur seines Sieges, wie es ihm gelungen war, sich so hin zu stellen, daß der Richter ihm fast Abbitte tun mußte. Seine Vertheidigung war nun festgegründet, dort stand sie verzeichnet und konnte nicht mehr ausgelöscht werden. Diethelm freute sich über sich selbst, er hatte gar nicht gewußt und er jetzt erfahren, welch eine Macht ihm innerwohnte. Du wärst ein großer Mann geworden, sagt er sich, wenn du auf dem rechten Platz ständest, es haben andere schon viel Vergeres getan und sind doch ehrhaft durch die Welt gegangen. Jetzt tangt ich das Leben von vorn an. Ich will ihnen zeigen, wer der Diethelm ist.

Der Amtsdienst, der das Gewünschte Diethelm übergab, freute sich oft seines Frohmoths und erklärte jährlau: „Ich hab' Euch nur wie einen gemeinen Verbrecher behandelt, damit man kein Misstrauen in mich haben soll, weil wir so nah verwandt werden. Ich hab's wohl gewußt, daß Ihr ein unschuldiger Ehrenmann seid, auf den wir stolz sein können. Ihr Gesicht vom Amtsrichter ist deutlich geschildert, gestanden. Das ist freigekommen,

Es kann noch ein paar Tag dauern, aber gewiß ist's da verlaßt Euch draußen. Ich verschaff es.“

Wie noch eine vollbrachte Groftat streckte sich Diethelm auf die Pritsche, er besahl noch tüchtig einzuhauen, denn es frost ihn noch immer so mörderisch; wollte ihm auch manchmal ein Gedanke dessen kommen, was er getan, er verneigte ihn und schlief ruhig ein.

Tief in der Nacht aber wurde er aufgeweckt, und im Scheine einer Blendlaterne standen zwei Männer vor ihm.

Neunzehntes Kapitel.

Diethelm hatte dem jungen Kübler gesagt, er möge den Bitter Waldhornwirt nach der Stadt entführen, damit er die Pferde hole. Das konnte offenbar nichts als ein verdeckter Auftrag sein, der eigentlich hielt: mach, daß ich den Bitter so bald als möglich hier habe und spreche. Mit fröhlicher Eillertigkeit — denn es liegt im Hülfbringen für einen Leidenden oft eine Fröhlichkeit — lädt der junge Kübler läßt nach Buchenberg, und unterwegs läßt er sich vor sich hin, indem er überdachte, wie kugt er doch verdeckte Gedanken erkennen, und wie ihn Diethelm das kann. Natürlich vergaß er dabei nicht, wie vielen Freunden er sich durch schuldig werde, und das war ein Kapital, das gute Zinnen trug. In Buchenberg war schon alles zur Ruhe gegangen; nur bei der Brandstätte, von der noch immer ein zum Grünen überreichender Rauch aufstieg, wanderten einige Wachhabende hin und her. Der Bitter Waldhornwirt mußte aus dem Schloß geweckt werden, und unter Verwünschungen machte er sich endlich bereit, mit Kübler nach der Stadt zu fahren. Er drückte vor dem Torke Kübler je dem Pferde das Radl, und führten dann die Pferde nach der Stadt, wo sie erst gegen Morgen ankamen. Der junge Kübler zog seinem Vater die Gefangenpzätzeli unter dem Kopftüll weg, führte den Waldhornwirt die Treppe hinauf, öffnete die Zelle Diethelms, und jetzt standen beide vor dem grimmig zulagenden, der sie nicht alsbald erkannte. Als sie sich zu erleben gaben und Kübler triumphierend berichtete, daß er nach den Andeutungen Diethelms den Bitter geholt habe, rieb sich Diethelm mehrmals die Stirn und fuhr dann zornig auf: „Verfluchtes, blödsommes Getue! Kübler, was habt Ihr gemacht? Ihr bringt mich nur in neue Ungewissheit. Ich bin freigesprochen, aber jetzt kommt Sonnenklar am Tag, und jetzt, wenn's herauskommt, was kommt gewiß klar heraus, daß Ihr meinen Vater zu mir gebracht habt, wird das wieder einen Verdacht auf mich werfen, und es geht mir aus Protoslieren, und ich kann noch Tage und Wochen da hocken müssen, und Euer Vater kann seinen Dienst verlieren. Aber mich geht's nichts an, und wenn's daraus kommt, ich kann's nicht anders machen, ich kann's beschwören, und ich tu das, daß ich Euch das nicht angelese und nichts davon gewollt hab.“ Fortsetzung folgt.

längen Ausgaben zu verführen". Man sollte glauben unter den "manchen Kreisen" wären die Kriegsgewinne in Gold und Brillanten, Bildern usw. anlegen, oder die Landwirte, die die Notlage des Volkes benutzen, um unerhebliche Kapitalien aufzuspeichern. Doch nichts davon. Die Arbeiter sind damit gemeint. Und als Beweis dienen: Zunahme des Theaterbesuches, erhöhter Verbrauch von teuren Schnauzen und Steigerung der Rennwetten. Aber das genügt nicht. In Nr. 228 holt dasselbe Blatt, dem die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte nie hoch genug seien fälschlich, noch etwas nach. Die Arbeiter seien in der Lage, sich Gänse, Butter, Schinken zu übernehmen zu leisten, taurin Wein zu kaufen, Anzüge für 300 M. zu bestehen" usw. In einer Berliner Munitionsfabrik wurden gelegentlich Gesäßtaschen mit Lanz veranstaltet, zu denen die Arbeiter einen Geldzuschuss von 20 M. erhielten. Schluß sei: "Daraus erhellt ohne weiteres die soziale Lage in gewissen Arbeiterkreisen." Das Blatt nennt keinen Namen der Fabrik, weshalb wir die Behauptung nicht nachprüfen können. Über diese Verallgemeinerung sprochen doch aller Beschreibung Bezahlte etwa der Arbeiter Gänse, Schinken und Butter zu überreichen, weil es ihm Freude macht? Er tut es lediglich, weil die feigfeste Nation nicht bei der angestrengten Tätigkeit zum Lebensunterhalt ausreicht, er bezahlt es doch, weil viele Kaufleute die Produkte zu normalen Preisen nicht ableiben, sondern erst warten, bis ihnen Schleichhändler und Leute, die sie in Not befinden, Wucherpreise gegeben werden. Und wenn Anzüge bis zu 300 M. gekauft werden, so geschieht es deshalb, weil bürgerliche keine mehr zu haben sind, und der Arbeiter an glühenden Feuer, im Bergwert, in der Öl-, gas- und säuregeschwängerten Luft der Fabrik mehr Kleider gebraucht, als sich manche Kreise vorstellen, die noch keine Schwieger in den Händen haben. Wie kann auf dem Lande leben, ist bekannt. Wir haben, so schreibt der Kriegsausführer für Konsumenteninteressen, genügend gehört aus Sachsen, Mecklenburg, Westfalen, Hannover usw. Vielleicht beginnt sich der Redakteur der "Deutschen Tageszeitung" einmal ins Hotel Adlon, in den Kaiserhof oder auch in andere Berliner erstklassige Hotels, in denen keine Arbeiter verkehren, da kann er sehen, wie die Herren Großindustrielle und Großhändler zum Frühstück Butter rücksichtslos und Eier duzendweise ausspielen und ihre jaden Witze dabei über die verabscheute Marmelade machen. Man kann auch die Beobachtung in D-Zügen machen, in denen jetzt keine Arbeiter sitzen. Die Zunahme des Sitzverbrauches ist fast ebenso anderes Ursachen. Uns scheint die "Deutsche Tageszeitung" neidisch zu sein, daß die oberen Schätztausend beim Sitzkunst in Theatern usw. nicht mehr wie früher ganz unter sich sind, sondern sich jetzt auch einmal ein Arbeiter einfandet, der besser verdient, vielleicht keine Familie hat, der infolge des Ruhens des Vereinslebens, der Tanzläden usw., angelockt durch das Beispiel der Kriegsgewinner und Großhändler, sich auch einmal etwas leisten will. Vor Verallgemeinerungen sollte man sich aber hüten. Man müßte sonst noch deutlicher werden.

Die sozialistischen Parteien in Russland.

In einer Verkündung des Volksrates für Freiheit und Vaterland, die in Berlin abgedruckt wurde, sowie Treffer-Hörner über die sozialistischen Parteien in Russland. Es schieden die Parteien, welche die sozialistische Bewegung in Russland durchsetzt hat und somit kann zu einer Betrachtung der gegenwärtigen Situation. Die jetzige Sowjet-Regierung legte der Redner — ich wiederum in den Idealen der ersten Zeit des russischen Sozialismus zurückgesehen. Sie glaubte, im Gegensatz zu der marxistischen Auffassung, daß der Sozialismus in Russland verwirklicht werden könnte, ohne daß die Industrialisierung des Landes und die Bildung eines starken Industrie-Blockes vorausgegangen sei, in der eigenartigen Eigentumssituation Russlands die Voraussetzung für die Entwicklung eines sozialen Sozialismus liegen, daß der Sozialismus gegeben sei. Es ist eine, daß es der Sowjet-Regierung bis jetzt nicht gelungen ist, Produktion, Versorgung und Transport der Güter so zu organisieren, daß dem durchdringenden Elend in den Städten abgeholfen werden könnte. Die Gegenseite zwischen Groß- und Kleinbauern steht nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Groß-Russland von Tag zu Tag weiter zu werden. Damit wachsen die Aussichten der Gegenrevolution.

Die Frage, welche Lehren politischer Art für uns aus den Ereignissen der neueren russischen Geschichte ergeben, beantwortete der Redner dahin: Der Ausbruch des Krieges haben gewisse Zwecke in Deutschland mit Recht nach Russland geblieben, weil dort die freiheitlichen Fortschritte des Volkes mit den Mitteln des Staates niedergeschlagen wurden. Das Wahlrecht zur Duma war befehlte, die sozialistische Bewegung unterdrückt, die Gewerkschaften gehemmt. In seinem Staatsweisen konnte die russische Demokratie unumstrittener durchgeführt werden als in Russland. Die äußere Freiheitsfeindschaft hätte ja nicht aus innerpolitischer Motivierung, sondern durch militärische Erfolge folgte die Aufmerksamkeit von den Russen am Staatsradar, die ungern waren, die kleinen Kräfte des Volkes zur Münze im Staate zu bringen. Sie waren hier genau zeitgemäße Reformen zu unterstützen, aber es fehlte an der Durchsetzung der durchdringenden Revolution zu verhindern. — Ich glaube nicht, daß es in Deutschland jetzt noch Zweck gibt, welches uns diese russische Staatskunst empfohlen möchten. Es kann kein, daß manche Politiker, zumeist Karol, Kar zu sein, in Wiederkunft, wie jene russischen Staatskunst, die den Staat des Zarismus und den Zarenstaat bringt der Weltmarkt verhindert haben.

Der Munitionsverbrauch im Weltkriege.

In den 600 Trossen, Gefechten und Schlachten des Krieges 1870/71 gab die deutsche Armee rund 220 Millionen, die Niederösterreich 100 und die schwere Artillerie 320 000 Schuß ab. Streckung bei nach Wiederholung des Krieges mit 200 000 Trossen nach Wiederholung der Belagerung von 1870/71. Nach dem zweitwichtigsten Siegessieg mit nur 1877 Schuß unserer Truppen gegen die Feinde in derselben Hände.

Das sind Zahlen, die gegen den zugelassenen Munitionsmangel des Weltkrieges erschwinden. Sicher während der ganzen Dauer des Krieges im Jahre 1914 wurde der tatsächliche Munitionskonsum der Frontmilitärs dieser Kriegsschlacht verbraucht. Es ist ein einziger Tag so viel Munition, wie die Waffenproduktion von den Kriegsmannen überzeugt hatte. In der Waffenproduktion 1917 wurden ihnen in diesen Tagen 100 000 bis 150 000 Tonnen verbraucht, wie der ganze Krieg 1870/71 erfordert hätte.

In der Sächsischen Armee wurden zwischen den beiden Kriegen zwischen 1914 und 1918 eine Million Geschosse an einem Kampftag verschossen. Einmal nur war es, daß der Durchschnitt der Feuerkraft dieser Menge, also einer Waffenstärke, in der Waffe verbraucht wurden, was liegt das Durchschnittswert an Waffen mit 45 Kilogramm bei, so kommt man zu der schrecklichen Feststellung, daß zwischen den

die dreifzig Minuten eingesetzter Kompanie zu dem ungeheuerlichen Resultat, daß das Gelände in dieser Zeit mit 1200 000 Tonnen Stahl überdeckt worden ist. Zum Transport dieser Stahlmenge waren 135 000 Eisenbahnmärsche nötig. Das Kommando hat ungefähr eine Ausdehnung von 2000 Kilometern und führt sich nach dieser Berechnung auf jedes Feld für Boden, 50 Tonnen Stahl nicht begangen. Der Wert dieser Stahlmenge übertrifft den Wert des Gras- und Bodens, den sie überstößt. Es ist vorgekommen, daß beide Parteien an einem einzigen Tage eine Million Artilleriemunition verschossen haben!

Wie viel Wert steht wohl in diesen hier genannten Jahren? Und was hätte alles für dieses Geld an Kulturgütern gekauft werden können, auf die heute und auch noch in längerer Zeit die Menschheit verzichten muß. Trotzdem aber ist und bleibt auch Herr Dr. Witten dieser Krieg eine kulturschädigende Tat!

Angabeschein gern oder terminale zu bestreiten. Der verantwortliche Regimentskommandeur erhält monatlich 23 M. für das erste Kind, 6,50 M. steigt bei 10 Kindern bis auf 98 M., für das zweite Kind 10 M. steigt bei 10 Kindern bis auf 246 M. Sehr Leutnants erhalten 24 M. Stabsoffiziere 12 bis 43 M. und Kinderzulagen 23 bis 24,50 M. Im Haushaltshaushalt des Reichstages ist nichts geteilt worden, doch auch den mobilen Offizieren Tenerungszeiten bewilligt werden sollen. Außerdem steht man in den Kreisen der Offiziere die Gewährung eines dritten Abbitzschaffens geltend an, mit der Begründung, daß die Militärverwaltung die Preise der einzelnen Bekleidungs- und Ausrüstungsfäden ganz entricht in die Höhe gebracht hat.

Fliegerzulagen während des Krieges.

Die Fliegerzulage wird entweder fortlaufend in Monaten bezogen von 150 M. oder in Tagesbelägen von 5 M. bezahlt.

Auf monatlich 150 M. haben Anspruch das zur Versorgung der einzelnen Flugzeugen benötigte und in entsprechenden planmäßigen Stellen stehende Flugzeug-Beflockungspersonal, das in der Ausbildung befindliche Personal während der Flugausbildung, das in planmäßigen Stellen befindliche mitfliegende Lehrpersonal und das in den benannten Stellen verwendete Überplanmäßige Personal. Dazu zählt auch das als Bordfutter, Maschinengewehr und zur Bedienung der Motoren mitfliegende Personal.

Die Zulagen von 5 M. erhalten die oben nicht genannten Personen für dienstlich erforderliches oder dienstlich angeordnetes Fliegen, also nur für tatsächlich ausgeübte Flugfähigkeit.

Bei Kriegsgefangenschaft oder Vermisshaben wird die Fliegerzulage auf keinen Fall bezahlt, dagegen erhält das ständige Fliegerpersonal,

nur schwer und vor allem nicht immer in die gebräuchlichen Mengenrechnungen unzurechnen. Als oberstes Gesetz gilt bei der Reglementierung des Verbrauchs aber die Verhinderung einer Kapazitätsversorgung. Diese ist im Gasthaus aber so lange möglich, als nicht durch Einführung einer freizügigen Reichspersonenmarke eine teilweise Kürzung der Lebensmittelzuteilung erfolgt.

Heute werden manche Hotels mehr frequentiert als in Friedenszeiten, weil die dort gebotene Verpflegung schwungsfähigen Leuten eine erwünschte Doppelversorgung ermöglicht, ohne daß ihnen eine Einbuße an ihren Lebensmittelfaktoren zugeht, mit, deren ungehemmelter Beifall ihnen also noch den Bezug wichtiger Nahrungsmittel für den eigenen Privathausbetrieb sichert. Eine Kürzung in diesen Fällen ist aber schon um bestwilligen angebracht, weil ja auch die Teilnehmer der Volksküche in fast allen Städten sich einen Abzug gefallen lassen müssen.

Bergungsreisende können heute zu Hause bleiben, wo sich ihnen sicher nutzbringende Verpflegungsmöglichkeit bietet. Der Fremdenfeind muß natürlich verorgt werden. Außerdem sind es vor allem alleinstehende Leute, die durch den Mangel eines eigenen Haushalts auf das Gasthaus angewiesen sind. Hier aber ist die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung von Gaststätten herbeizuführen. Die Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gasthaus verabfolgten Speisen aus die einzeln möglichen wäre eine Reichspersonenmarke außerst zweckmäßig. Praktisch läuft sonst die Sache nach der Schlechthandelsvereinigung auf eine noch größere Vorzugsstellung der Hotels und ihrer Gäste hinaus, weil neben der Versorgung durch den nach wie vor blühenden Gastronomie den Gasträten auch noch auf unbestimmter Menge als bisher zum Nachteil der Allgemeinheit überreicht werden.

Die Forderung abgebrüht, eine Zentralisierung durch Zusammenlegung fördert eine rationellere Wirtschaft und eine leichtere Kontrolle. Und schärfer Kontrolle ist hier besonders nötig! Zur Verhinderung einer Doppelversorgung und zur Sicherung der Aufrichtung der im Gast